

**Die Rolle des Sachverständigen in  
Strafverfahren wegen strafbarer Handlungen  
gegen die sexuelle und körperliche Integrität  
und Selbstbestimmung“**

**Vorschlag des Arbeitskreises:**

**„Best Practice Manual“**

1./ <b>Einleitung</b> .....	3
2./ <b>Aufgabenstellung</b> .....	3
3./ <b>Zum rechtlichen (prozessualen) Rahmen</b> .....	5
3.1./ Kontradiktorischen Vernehmung (§ 165 StPO) .....	6
3.2./ Gutachten zur „Aussagefähigkeit und –Tüchtigkeit“ sowie zur „Erlebnisfundiertheit“ („Glaubwürdigkeits- bzw. Glaubhaftigkeits- gutachten“)	
3.2.1./ „Aussagefähigkeit bzw. –tüchtigkeit“	
3.2.2./ „Glaubwürdigkeits- bzw. Glaubhaftigkeitsgutachten“	
3.2.3./ Stellung des OGH zu den inhaltlichen Anforderungen an ein „Glaubwürdigkeitsgutachten“	
3.3./ Die „Einmaligkeit“ des Sachverständigen; Vorgangsweise bei (behaupteten) Gutachtensmängeln:.....	11
3.4./ Privatgutachten im Strafverfahren.....	16
4./ <b>Standards aussagepsychologischer Untersuchungen</b> <sup>1</sup> .....	17
4.1./ Vernehmung von Zeugen (Opfern).....	17
4.2./ Prüfung der Aussagefähigkeit bzw. Aussagetüchtigkeit.....	18
4.3./ Zum Begriff der Erlebnisfundiertheit (Erlebnisbasiertheit) einer Aussage.	19
4.4./ Entstehung und Entwicklung von Aussagen .....	24
4.5./ Zentrale Fragestellungen .....	27
4.5.1/ Aussagetüchtigkeit bzw. Aussagefähigkeit .....	27
4.5.2/ Erlebnisfundiertheit einer Aussage .....	27
4.6./ Zur Methodik .....	28
4.6.1/ Hypothesengeleitete Vorgangsweise.....	28
4.6.2/ Konstanzanalyse und Analyse der Aussagequalität .....	31
4.6.3/ Analyse der Aussageentstehung und Aussageentwicklung.....	31
4.7./ Zusammenfassung .....	32
4.8./ Literatur .....	34

---

<sup>1</sup> Erstellt unter freundlicher Mitarbeit von Herrn Univ.- Prof. DDr. Salvatore Giacomuzzi, Frau Dr. Rotraut Erhard, Frau Mag. Dr. Sabine Völkl-Kernstock & Frau Univ.- Prof. Dr. Gabriele Amann

## ***1. Einleitung***

Nach der Erstellung des **Best-Practice-Manuals** über die Rolle des Sachverständigen im Obsorge- und Besuchsrechtsstreit wurde von Univ.-Prof. DDr. Giacomuzzi und der Innsbrucker Staatsanwältin Dr. Erika Wander initiiert, sich eben dieser Rolle bei „Misshandlungsvorwürfen“ zu widmen. Bei der Initialveranstaltung wurde klar, dass wechselseitige Missverständnisse den Alltag prägen. Den Sachverständigen ist – oft aufgrund allgemeiner oder auch rechtlich nicht haltbar formulierter Gutachtensaufträge – nicht klar, was von ihnen erwartet wird, wie auch den Justizorganen nicht klar ist, welche Aufklärungen sie zu erwarten haben.

Am 13. April 2010 fand im Festsaal des OGH eine interdisziplinär ausgerichtete Veranstaltung zum Thema „Die Rolle des Sachverständigen in Strafverfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung“ statt. Unter Beteiligung des Sachverständigenverbandes und des Österreichischen Rechtsanwaltskammertags sollte ausgelotet werden, wie der Rechtsalltag beschaffen ist und welche Probleme sich zeigen.

## ***2. Aufgabenstellung***

Obwohl die oberstgerichtliche Rechtssprechung eine klare, wenn auch restriktive Linie vorgibt, ist in der Praxis bisweilen nicht klar, in welchen Fällen Verteidiger sinnhaft Anträge auf Erörterung der Gutachten bzw. auf Einholung weiterer Gutachten stellen können, wie auch Staatsanwaltschaften und Gerichten unklar ist, wie sie mit derartigen Anträgen zu verfahren haben. Sachverständige finden sich

vermehrt in der Situation, ihre Gutachten – wegen Anträgen auf Beiziehung weiterer, auch ausländischer Sachverständiger – „verteidigen“ oder weitere Aufklärung geben zu müssen, bisweilen sogar durch Anzeigen der Betroffenen selbst in Verfolgung gezogen werden. Dazu kommt der Umstand, dass in den letzten Jahren verstärkt sogenannte „Glaubwürdigkeitsgutachten“ (bei unterschiedlich deutlicher Formulierung der Gutachtensaufträge) in Auftrag gegeben wurden.

Um die wechselseitigen Missverständnisse auszuräumen, ist es Ziel des Manuals, einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen abzustecken, innerhalb welcher die Sachverständigen tätig sind, und andererseits den Justizorganen und Anwälten zu verdeutlichen, welche Anforderungen sie an den Sachverständigen stellen können.

Nach der – über „Misshandlungsvorwürfe“ letztlich hinausreichenden – Thematik kommen Begutachtungen der Opfer bzw. der Psyche des Angeklagten in Frage. Im Mittelpunkt steht der Aspekt des mutmaßlichen Opfers.

Der Schwerpunkt des Manuals wird auf die Darlegungen der wissenschaftlichen Standards aussagepsychologischer Gutachten gelegt, erstellt von Univ.-Prof. Dr. Gabriele Amann, Dr. Rotraut Erhard, Univ.-Prof. DDr. Salvatore Giacomuzzi und Mag. Dr. Sabine Völkl-Kernstock, gelegt. Diese sollen den Rechtspraktikern (Anwälten, Staatsanwälten und Richtern) als Überprüfungsmaßstab für die Beantwortung der Frage, ob Gutachten methodisch richtig erstellt sind, dienen.

### **3./ Zum rechtlichen (prozessualen) Rahmen:**

Nach der Legaldefinition des § 125 Z 1 StPO ist „Sachverständiger“ eine Person, die auf Grund besonderen Fachwissens in der Lage ist, beweiserhebliche Tatsachen festzustellen (Befundaufnahme) oder aus diesen rechtsrelevante Schlüsse zu ziehen und sie zu begründen (Gutachtenserstattung).“.

Im Ermittlungsverfahren sind sie von der Staatsanwaltschaft (und nur in Ausnahmefällen vom Gericht) zu bestellen (§ 126 Abs 3 StPO)<sup>2</sup>, wenn für Ermittlungen oder für Beweisaufnahmen besonderes Fachwissen erforderlich ist<sup>3</sup>. Der Sachverständige ist kein Organ der Gerichtsbarkeit, sondern „gleich einem Zeugen als persönliches Beweismittel einzustufen“<sup>4</sup>.

Sein Kennzeichen ist die besondere Sachkunde auf einem bestimmten Wissensgebiet, die Gerichtspersonen nicht aufweisen.

In Bedachtnahme auf diese (allgemeinen) Aspekte kann bei „Missbrauchsvorwürfen“ ex lege ein psychologischer oder – im Hinblick auf geistige Erkrankungen – ein psychiatrischer Sachverständiger beigezogen werden, und zwar

1./ bei der kontradiktorischen Vernehmung (§ 165 StPO) „Insbesondere wenn der Zeuge das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat“, zur Befragung des Zeugen (§ 165 Abs 3 StPO; psychologischer Sachverständiger);

---

<sup>2</sup> Zur Problematik der „Waffengleichheit“ siehe *Hinterhofer*, WK-StPO § 125 Rz 5.

<sup>3</sup> *Hinterhofer* aaO § 126 Rz 3 ff.

<sup>4</sup> *Hinterhofer* aaO § 125 Rz 10 mwN.

## 2./ im Ermittlungs- oder Hauptverfahren

a./ zur Begutachtung von psychischen/seelischen Zuständen mutmaßlicher Opfer in Bezug auf deren Krankheitswert (zur Abklärung allfälliger Folgen der Tat, die zu einer Qualifikation des Delikts führen; psychologischer Sachverständiger);

b./ zur Begutachtung der „Aussagefähigkeit und –tüchtigkeit“ von Zeugen (siehe § 155 Abs 1 Z 4 StPO – psychiatrischer Sachverständiger),

c./ aus besonderem Anlass zur Erstattung eines „Glaubwürdigkeitsgutachtens“ (psychologischer Sachverständiger, vorzugsweise ein Experte der Aussagepsychologie);

c./ in Bezug auf den Beschuldigten/Angeklagten im Unterbringungsverfahren oder zur Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit (§ 429 Abs 2 Z 2 StPO – zumindest ein psychiatrischer Sachverständiger).

### ***3.1./ Kontradiktorische Vernehmung (§ 165 StPO)***

Im Fall der Befragung im Rahmen einer kontradiktorischen Vernehmung ist der Sachverständige primär „Dolmetscher“ der Gerichtspersonen und des Verteidigers. Im Allgemeinen wird durch Aktenstudium und Anleitung des Richters klarzustellen sein, welche für die Beurteilung des Täterverhaltens wesentliche Umstände durch das Opfer abgeklärt oder erwiesen werden müssen.

Der Sachverständige hat – über Anleitung durch den Richter – dem Zeugen dabei u.a. jedenfalls verständlich zu machen, dass er unter bestimmten Voraussetzungen überhaupt nicht (Thema: Aussagebefreiung des Zeugen als Angehöriger, § 156 Abs 1 Z 1 StPO,

sohin vor allem bei Tatbegehung im Familienkreis) bzw. in der Hauptverhandlung nicht mehr aussagen muss (§ 156 Abs 1 Z 2 StPO). Gerade solche Entschlagungserklärungen sind den Protokollen oft nicht oder nur indirekt zu entnehmen, was durch gezielte Aufklärung der Opfer vermieden werden kann („Wenn du willst, dann musst du bei Gericht nur jetzt mit mir über die Vorfälle sprechen und brauchst nicht zu einer Verhandlung gehen“ o.ä.).

Der Sachverständige sollte sich mit den wesentlichen Tatbestandsmerkmalen des angelasteten Delikts auseinander setzen, um sich bewusst zu machen, welche Tatsachen für die Beurteilung wesentlich sind (z.B. Tatzeitpunkt, Art der Missbrauchshandlung, Intensität, Gewaltanwendung o.ä.). Diesbezüglich sollte der Richter die Befragungspunkte klar vorgeben. Im Verlauf der Vernehmung wären Fragen des Staatsanwalts und des Beschuldigten bzw. dessen Verteidigers dem Opfer in verständlicher Weise zu „übersetzen“<sup>5</sup>.

### ***3.2./ Gutachten zur „Aussagefähigkeit bzw. -tüchtigkeit“ sowie zur Erlebnisfundiertheit („Glaubwürdigkeits- bzw. Glaubhaftigkeitsgutachten“)***

Die Beweiswürdigung, sohin auch die Beurteilung der Frage, ob ein Zeuge lügt oder die Wahrheit sagt, kommt ausschließlich dem Gericht zu. Die Richter haben sich auf Grund des Beweisverfahrens, des persönlichen Eindrucks von den Zeugen und vom Angeklagten sowie auf Grund ihrer Berufserfahrung und Lebenserfahrung über die

---

<sup>5</sup> Zur Vermeidung von (unbewusster) Suggestion sollte bei der Vernehmung von offener Fragestellung ausgegangen und bei Bedarf zu geschlossener Fragestellung übergegangen werden („Trichtertechnik“). Dh Fragen, die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten sind, sollten nur ausnahmsweise eingesetzt werden. Siehe dazu unten Punkt 4.1./.

Verlässlichkeit der Aussagen schlüssig zu werden (§ 258 StPO; RIS-Justiz RS0097733).

### **3.2.1./ „Aussagefähigkeit bzw. -tüchtigkeit“**

Dem Beweisthema „Aussagefähigkeit/-tüchtigkeit eines Zeugen“ kommt im Zusammenhang mit dem Vernehmungsverbot des § 155 Abs 1 Z 4 StPO Bedeutung zu. Ob eine Person in der Wahrnehmung, Erinnerung oder Wiedergabe von Tatsachen krankhaft beeinträchtigt ist, kann ausnahmsweise die Beiziehung eines psychiatrischen Experten (RIS-Justiz RS0097929) notwendigmachen.

### **3.2.2./ „Glaubwürdigkeits- bzw. Glaubhaftigkeitsgutachten“<sup>6</sup>**

Eine Beweisführung über die Beweiskraft von Beweisen, etwa zur Glaubwürdigkeit von Zeugen ist grundsätzlich zulässig, jedoch kommt zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines Zeugen die Hilfestellung durch einen psychologischen Sachverständigen nur ausnahmsweise, etwa bei Entwicklungsstörungen oder geistigen Defekten unmündiger oder jugendlicher Zeugen, in Betracht<sup>7</sup>.

Dass und warum ein derartiger Ausnahmefall vorliege, ist bei Antragstellung durch den Angeklagten/Verteidiger oder den Staatsanwalt ausdrücklich darzutun. Fehlen Anhaltspunkte für eine habituelle und demzufolge die Aussagen im Strafverfahren erschütternde Falschbezeichnungstendenz, so kann der Antrag sanktionslos abgewiesen werden.

---

<sup>6</sup> Aus Sicht der Psychologen wird der Terminus „Glaubhaftigkeitsgutachten“ gebraucht. Siehe dazu unten **Punkt 4.3./**

<sup>7</sup> Ratz WK-StPO § 281 Rz 350; 15 Os 92/06b; RIS-Justiz RS0120634; RS0120109 ; RS0120634.



Ein Zeuge ist nicht verpflichtet, sich im Zuge einer Begutachtung durch einen Sachverständigen einer körperlichen Untersuchung zu unterziehen oder sonst an der Befundaufnahme mitzuwirken. Sie ist demnach nur zulässig, wenn er dem zustimmt bzw. sich dazu bereit erklärt<sup>8</sup>. Bei jugendlichen Zeugen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich<sup>9</sup>.

### ***3.2.3./ Stellung des OGH zu den inhaltlichen Anforderungen an ein „Glaubwürdigkeitsgutachten“***

In der Entscheidung 12 Os 121/10a-4 vom 11. November 2010 bezog der Oberste Gerichtshof zu den Voraussetzungen zur Einholung eines sogenannten „Glaubwürdigkeitsgutachtens“ inhaltlich Stellung und umriss die vom Sachverständigen anzuwendende Methode eines aussagepsychologischen Gutachtens (§§ 126; 281 Abs 1 Z 4 StPO)<sup>10</sup>:

*„Das methodische Grundprinzip eines aussagepsychologischen Gutachtens (im Sinn eines „Glaubwürdigkeitsgutachten“) besteht darin, den zu überprüfenden Sachverhalt, also die Glaubhaftigkeit der spezifischen Aussage, so lange zu negieren, bis diese Negation mit den gesammelten Fakten nicht mehr vereinbar ist. Der Sachverständige arbeitet dabei zunächst mit der Unwahrannahme als sogenannte Nullhypothese.<sup>11</sup> Zu deren*

---

<sup>8</sup> vgl Ratz, WK-StPO § 281 Rz 350; RIS-Justiz RS0097584, RS0097572; Hinterhofer, WK-StPO § 118 Rz 4; Tipold, aaO § 134 Rz 9.

<sup>9</sup> vgl RIS-Justiz RS0018956

<sup>10</sup> Siehe dazu unten Punkt 4.4.; zur Methode unten Punkt 4.6./.

<sup>11</sup> siehe speziell auch Giacomuzzi (2009). Betrachtungen zur Notwendigkeit der Annahme einer Nullhypothese aus gutachterlicher Sicht bei der Frage der Glaubhaftigkeit: Die Funktionen der Falsifizierbarkeit. PIÖ (4), 361-366.

*Prüfung hat er weitere Hypothesen zu bilden. Ergibt seine Prüfstrategie, dass die Unwahrrhypothese mit den erhobenen Fakten nicht mehr in Übereinstimmung stehen kann, so wird sie verworfen, und es gilt dann die Alternativhypothese, dass es sich um eine wahre Aussage handelt (zur vergleichbaren Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland vgl BGH 1 StR 618/98, BGHSt 45, 164 = NJW 1999, 2746; siehe auch Nack, AnwBl 2010, 251 ff und Haller, Möglichkeit und Grenzen der Glaubwürdigkeitsbegutachtung, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Justiz Band 143, 67 ff).*

*Bei der Begutachtung werden regelmäßig die Angaben des Begutachteten unter Heranziehung bestimmter Kriterien (zB logische Konsistenz, quantitativer Detailreichtum, raumzeitliche Verknüpfungen, Schilderung ausgefallener Einzelheiten und psychischer Vorgänge, Entlastung des Angeklagten, deliktsspezifische Aussageelemente) auf ihre inhaltliche Konsistenz zu prüfen sein (Inhaltsanalyse). Das so gefundene Ergebnis ist in der Regel im Wege der Konstanz-, der Fehlerquellen- sowie der Kompetenzanalyse zu überprüfen. Im Rahmen der Fehlerquellenanalyse wird es in Fällen, bei denen (auch unbewusst) fremdsuggestive Einflüsse in Erwägung zu ziehen sind, grundsätzlich erforderlich sein, die Entstehung und Entwicklung der Aussage aufzuklären (Aussagegenese). Mit der Kompetenzanalyse ist schließlich zu prüfen, ob die Aussage etwa durch Parallelerlebnisse oder reine Erfindung erklärbar sein könnte. Dazu bedarf es der Beurteilung der persönlichen Kompetenz der aussagenden Person, insbesondere ihrer allgemeinen und sprachlichen intellektuellen Leistungsfähigkeit sowie ihrer Kenntnisse in Bezug auf den Bereich, dem der erhobene Tatvorwurf zuzurechnen ist. Bei Sexualdelikten wird daher grundsätzlich die Durchführung einer Sexualanamnese in Betracht zu ziehen sein. Dies gilt zumindest bei Zeugen, bei denen - etwa aufgrund ihres Alters - entsprechendes Wissen*

*nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann (vgl. BGH 1 StR 618/98, BGHSt 45, 164).“*

Im konkreten Fall verneinte der Oberste Gerichtshof die Voraussetzungen für ein derartiges Gutachten: Der fallaktuell vorliegende Suchtgift- oder Alkoholmissbrauch ohne sonstige, das Aussageverhalten beeinflussende, für ein aussagepsychologisches Gutachten im dargelegten Sinn relevante Begleiterscheinungen biete keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Einholung einer derartigen Expertise.

Demnach ist die Zulässigkeitsschwelle für die Einholung eines „Glaubwürdigkeitsgutachtens“ sehr hoch anzusetzen:

- es müssen durch Beweisergebnisse aktenmäßig belegte Ansatzpunkte für eine nicht realitätsorientierte Aussage,
- insbesondere etwa für eine Beeinflussung des Aussageverhaltens von unmündigen oder psychisch kranken Personen vorliegen.
- Bloßer Suchtgift- oder Alkoholmissbrauch ohne sonstige, das Aussageverhalten beeinflussende, für ein aussagepsychologisches Gutachten im dargelegten Sinn relevante Begleiterscheinungen bietet keine ausreichenden Anhaltspunkte für die Einholung einer derartigen Expertise.

### ***3.3./ Die „Einmaligkeit“ des Sachverständigen; Vorgangsweise bei (behaupteten) Gutachtensmängeln:***

Grundsätzlich ist in einem Verfahren für einen bestimmten Bereich nur ein Sachverständiger zu bestellen (§ 127 Abs 3 Satz 1), auch wenn die Heranziehung von zwei oder mehreren Sachverständigen nicht ausgeschlossen ist.

Missliebigen Gutachten versuchen die Verfahrensparteien dadurch zu begegnen, indem sie die Bestellung eines weiteren Sachverständigen beantragen, häufig mit der Behauptung einer Befangenheit des bereits bestellten. Einwendungen gegen die Person des Sachverständigen, entweder wegen Befangenheit oder wegen fehlender fachlicher Qualifikation, sind von der antragsstellenden Partei zu begründen.

Für Sachverständige gelten die Befangenheitsgründe für Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft (§ 47 Abs 1 StPO) sinngemäß (§ 126 Abs 4 erster Satz StPO): Diese umfassen Verwandtschaft zum Beschuldigten, Privatankläger, Privatbeteiligten (Opfer) oder deren Vertreter (sohin objektiv vorliegende Gründe).

Weiters ist ein Sachverständiger dann befangen, wenn er nicht mit voller Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit an eine Sache herantritt und somit eine Beeinträchtigung der unparteilichen Beurteilung durch sachfremde psychologische Motive zu befürchten ist. Es genügt grundsätzlich schon der äußere Anschein einer Befangenheit, soweit hierfür zureichende Anhaltspunkte gegeben sind, denen die Eignung zukommt, aus objektiver Sicht, dh. bei einem

verständlich wertenden objektiven Beurteiler, die volle Unbefangenheit des Experten in Zweifel zu ziehen<sup>12</sup>.

In jeweils zu beurteilenden Einzelfällen wurde beispielsweise die Befangenheit verneint:

- persönliche Meinungsbildung über den zu begutachtenden Fall vor der Beauftragung rechtfertigt für sich allein nicht die Annahme einer Befangenheit, solange der Sachverständige bereit ist, bei geänderter Tatsachenlage sein Gutachten zu ändern<sup>13</sup> („Ob sich die als Sachverständige beizuziehende Person schon vor der Hauptverhandlung eine Meinung über den Fall gebildet hat, ist für die Beurteilung des Anscheins der Befangenheit schon deshalb ohne Bedeutung, weil eine vorläufige Meinungsbildung spätestens mit Abgabe des schriftlichen Gutachtens abgeschlossen ist.“<sup>14</sup>)
- Funktion des Sachverständigen als Leiter der Abteilung des Krankenhauses, die zum Vollzug einer Maßnahme nach § 21 StGB zuständig ist<sup>15</sup>.

Der kritisierte Inhalt des Gutachtens ist gemäß § 127 Abs 3 erster Satz StPO zu thematisieren, andere Umstände (z.B. Meinungsäußerungen des Sachverständigen, die im Gutachten keinen Niederschlag finden) bieten prinzipiell keinen Anknüpfungspunkt<sup>16</sup>.

---

<sup>12</sup> § 47 Abs 1 Z 3 StPO; RIS-Justiz RS0106258

<sup>13</sup> *Hinterhofer*, WK-StPO § 126 Rz 43 mwN

<sup>14</sup> 13 Os 12/10d

<sup>15</sup> 12 Os 30/07i

<sup>16</sup> RIS-Justiz RS0098121 [T 3]; Ratz, WK-StPO § 281 Rz 351

Einwendungen sind nur dann beachtlich, wenn der Sachverständige sein Gutachten auch dann nicht zu ändern bereit ist, wenn Verfahrensergebnisse dessen Unrichtigkeit aufzeigen.

Folgende Regeln sind dabei zu beachten (§ 127 Abs 2 StPO):

1./ Der Sachverständige hat Befund und Gutachten

- nach „bestem Wissen und Gewissen“ zu erstellen
- und dabei nach „den Regeln seiner Wissenschaft“ vorzugehen.

Insoweit wird gefordert, dass der Sachverständige transparent macht, nach welcher (anerkannter) Methode er vorgegangen ist (dh wenn es mehrere Methoden gibt, genügt es, dass der Sachverständige eine hiervon anwendet).

2./ Mangelhaftigkeit des Gutachtens iSd § 127 Abs 3 StPO kann bestehen in

- „Unbestimmtheit“ des Befunds
- Widersprüchlichkeit des Gutachtens
- „sonstige Mangelhaftigkeit“ des Gutachtens.

Diese Mängel sind von der antragstellenden Verfahrenspartei konkret zu bezeichnen. Nur das (objektive) Vorliegen eines Mangels und dessen genaue Bezeichnung können Anlass zu einem Verbesserungsverfahren oder Beiziehung eines weiteren Gutachters geben<sup>17</sup>.

Auf die Behauptung fehlender Sachkunde gestützte Einwendungen gegen einen Sachverständigen sind nach Vorliegen des schriftlichen Gutachtens nur beachtlich, wenn sie Gutachtensmängel im Sinne des § 127 Abs 3 erster Satz StPO aufzuzeigen vermögen<sup>18</sup>.

---

<sup>17</sup> Vgl RIS-Justiz RS0117263; RS0118421; RS0107793; RS0098139.

<sup>18</sup> Ratz, WK-StPO § 281 Rz 373; *Hinterhofer* WK-StPO § 126 Rz 71; RIS-Justiz RS0115712

3./ Das Gericht hat sodann zu versuchen, durch Befragung des Sachverständigen die aufgezeigten Mängel zu beseitigen (Verbesserungsversuch)<sup>19</sup>.

4./ Wenn dies nicht gelingt, ist vom Gericht ein weiterer Sachverständiger zu bestellen.

Handelt es sich um die Begutachtung „psychischer Zustände und Entwicklungen“, so muss das „Obergutachten“ von einem Sachverständigen mit Lehrbefugnis (*venia docendi*) an einer in- oder ausländischen Universität erstattet werden (§ 127 Abs 3 letzter Satzteil StPO). Das Anwenden oder Nichtanwenden einer von mehreren wissenschaftlich anerkannten Untersuchungsmethoden begründet grundsätzlich keine Mangelhaftigkeit von Befund oder Gutachten des gerichtlich beigezogenen Sachverständigen (RIS-Justiz RS0097355; Hinterhofer, WK-StPO § 125 Rz 2), doch hat der Sachverständige über die der gegen sein (auf Basis einer wissenschaftlichen Methode erstelltes) Gutachten erhobenen Einwände (z.B. auf Basis einer anderen Methode wäre ein alternatives Ergebnis erzielbar) Aufklärung zu geben und diese nachvollziehbar zu entkräften oder sein Gutachten zu ändern. Erst bei misslungener Entkräftung der dagegen vorgebrachten Einwände ist ein weiterer Experte (mit Lehrbefugnis an Universität, § 127 Abs 3 StPO) beizuziehen<sup>20</sup>.

Für die Parteien und das Gericht ist die Ermittlung der wissenschaftlichen Standards durchaus schwierig, weil sie auf die Angaben der Experten angewiesen sind. Sachverständige sollten ihre

---

<sup>19</sup> Beispiel: In einem Verfahren wurde eingewandt, dass das bei der Befundaufnahme **verwendete SVR-20-Testverfahren nur bei vorbestraften Sexualtätern** zur Anwendung gelangen dürfe. Die Sachverständige erläuterte in der Hauptverhandlung ihre Erwägungen zur Anwendung dieses Fragenschemas. Somit lag kein unbeseitigbarer Mangel iSd § 127 Abs 3 erster Fall StPO (§§ 125 f StPO a.F.) vor (12 Os 30/07i).

<sup>20</sup> 13 Os 149/08y (auch zur Frage der Zulässigkeit der Beiziehung eines Privat-Sachverständigen).

Methoden unter Literaturangabe offenlegen. Insoweit sei vor allem auf die Darstellung zu Punkt 4./ des Manuals verwiesen.

### ***3.4./ Privatgutachten im Strafverfahren***

Wenn zur „Widerlegung“ des Gutachtens ein Privatgutachten („Gegengutachten“) vorgelegt wird, hat das Gericht wie folgt vorzugehen:

Von privaten Sachverständigen erhobene Befunde, welche die Befundaufnahme des gerichtlich bestellten Sachverständigen ergänzen oder aber in Frage stellen können und für die Sache von Bedeutung sind (§ 252 Abs 2 StPO), sind über Antrag zu verlesen<sup>21</sup>.

Eine Verlesung des Gutachtens des Privatsachverständigen, welches insoweit kein für das Verfahren bedeutsames Schriftstück iSd § 252 Abs 2 StPO ist, kommt hingegen nicht in Betracht. Die vom privat hinzugezogenen Sachverständigen gezogenen Schlüsse, mit anderen Worten sein „Gutachten“, können (zur „Optimierung“ des grundrechtlich abgesicherten [Art 6 Abs 3 lit d MRK] Fragerechtes des Angeklagten) bei der Befragung (im Zuge des Verbesserungsverfahrens) des Gerichtssachverständigen verwendet werden. Damit kann die Partei den Sachverständigen auch mit anderen als den von ihm herangezogenen Methoden oder Lehrmeinungen mit dem Ziel konfrontieren, die Überzeugungskraft seines Gutachtens zu erschüttern<sup>22</sup>.

Das Gutachten des gerichtlich bestellten Sachverständigen ist inhaltlich nicht bekämpfbar, wenn es auf Basis einer anerkannten

---

<sup>21</sup> Die Abweisung eines darauf gerichteten Antrages kann Nichtigkeit iSd Z 4 des § 281 Abs 1 StPO bewirken.

<sup>22</sup> vgl 14 Os 129/05k



wissenschaftlichen Methode beruht. Ist die Methode nicht erkennbar oder bedient sich der Sachverständige einer Alternativmethode, die nicht allgemein anerkannt ist („Lehrmeinung“), so ist der Sachverständige damit zu konfrontieren. Erst wenn Diskrepanzen nicht aufklärbar sind, ist die Bestellung eines weiteren Sachverständigen indiziert.

#### ***4./ Standards aussagepsychologischer Untersuchungen<sup>23</sup>***

Klinisch-Psychologische Sachverständige können in Strafverfahren gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung sowie bei Misshandlung die Gerichte in vielfältiger Weise unterstützen, indem sie den Gerichten ihr Fachwissen in unterschiedlichen Bereichen der Rechtssprechung zur Verfügung stellen. Hier sind in erster Linie die Vernehmung von Zeugen bzw. Opfern, das Verfassen von Untersuchungen und darauf basierenden Gutachten im Zusammenhang der Aussagen von Zeugen sowie das Verfassen von Gutachten bei der Prüfung von psychischen Schädigungen (auch insbesondere posttraumatische Belastungsstörungen etc.) infolge strafrechtlich relevanter Handlungen zu nennen.

##### ***4.1./ Vernehmung von Zeugen (Opfern)***

Die Richtlinien und Gegebenheiten der Kontradiktorischen Vernehmung sind derzeit in § 165 StGB geregelt. Insbesondere wenn der Zeuge das 14. Lebensjahr. noch nicht vollendet hat, kann bzw. sollte ein geeigneter psychologischer Sachverständiger mit der Befragung beauftragt werden<sup>24</sup>. Die kontradiktorische Vernehmung wird durch den HR-Richter durchgeführt.

---

<sup>23</sup> Erstellt unter Mitarbeit von Univ.-Prof. DDr. Salvatore Giacomuzzi, Dr. Rotraut Erhard, Mag. Dr. Sabine Völkl-Kernstock & Univ.-Prof. Dr. Gabriele Amann

<sup>24</sup> Dabei sollte der Sachverständige generell aus dem Kreis der Klinischen Psychologen mit entsprechender Berufserfahrung in der Rechts/Forensischen Psychologie kommen sowie speziell mit entwicklungspsychologischen Fragestellungen und Methoden vertraut sein, da seine Arbeit wesentlich vom Entwicklungsstand des Zeugen ausgeht (unter Berücksichtigung von Entwicklungsstörungen oder geistigen Beeinträchtigungen unmündiger oder jugendlicher Zeugen).

*Anmerkung der Verfasser des juristischen Teils: siehe dazu FN 30*

Insbesondere bei kindlichen oder entwicklungsrückständigen Zeugen ist es wichtig, die Vernehmung so rasch wie möglich vorzunehmen, damit allfällig wahrgenommene Vorfälle von diesen Zeugen noch erinnert werden können und allfällige suggestive Beeinflussungen zumindest zeitlich möglichst beschränkt bleiben.

Zur Vermeidung von Suggestion sollte bei der Vernehmung von offener Fragestellung ausgegangen und erst bei Bedarf zu geschlossener Fragestellung übergegangen werden („Trichtertechnik“).

Um Beeinflussungen durch Dritte während der Kontradiktorischen Einvernahme entgegenzuwirken, ist darauf zu achten, dass sich keine Vertrauens- und Begleitpersonen im Sichtfeld von Zeugen befinden und/oder mit diesen in direktem körperlichem Kontakt sind (z.B. Hände halten etc.).

#### ***4.2./ Prüfung der Aussagefähigkeit bzw. der Aussagetüchtigkeit***

Bei der Prüfung der Aussagefähigkeit bzw. der Aussagetüchtigkeit<sup>25</sup> stehen Fragen der Fähigkeit von Zeugen zur Wahrnehmung, Speicherung und Wiedergabe eines Sachverhaltes im Mittelpunkt. Fragen zur Erlebnisfundiertheit von Aussagen können durch die Prüfung der Aussagefähigkeit bzw. Aussagetüchtigkeit nicht beantwortet werden. Sind Aussagefähigkeit bzw. Aussagetüchtigkeit fraglich, sollten diese noch vor der

---

<sup>25</sup> Aussagefähigkeit und Aussagetüchtigkeit werden prinzipiell als synonyme Begriffe betrachtet.

kontradiktorischen Vernehmung durch einen klinisch-psychologischen Sachverständigen überprüft werden. Die Stellungnahme des Sachverständigen zu dieser Frage unterstützt das Gericht bei der Entscheidung, ob von einer Vernehmung eines Zeugen Abstand genommen werden sollte oder eine Vernehmung durchgeführt werden kann.

Die Prüfung der Aussagefähigkeit bzw. Aussagetüchtigkeit orientiert sich an der Frage:

Verfügt die Person überhaupt über die notwendigen kognitiven Grundvoraussetzungen, welche zur Erstattung einer gerichtsverwertbaren Aussage notwendig sind?

Und damit entsprechend an den untergeordneten Fragestellungen:

„Ist die betreffende Person in der Lage, einen Sachverhalt zuverlässig wahrzunehmen, diesen im Zeitintervall zwischen dem Geschehen und der Aussage im Gedächtnis zu bewahren, das Ereignis angemessen abzurufen, den betreffenden Sachverhalt in einer Befragungssituation verbal nachvollziehbar wiederzugeben und dabei Erlebtes von anders generierten Vorstellungen zu unterscheiden?“

Die Aussagefähigkeit bzw. Aussagetüchtigkeit ist grundsätzlich besonders zu berücksichtigen bei

- Kindern unter 6 Jahren,
- entwicklungsrückständigen Kindern und Jugendlichen,
- Vorliegen einer kognitiven Behinderung,

- Vorliegen einer Behinderung im akustischen oder visuellen Bereich,
- Bestehen einer schweren psychischen Erkrankung oder eines Zustandes nach Einwirkung psychoaktiver Substanzen zum Zeitpunkt des Vorfalles und
- Bestehen einer schweren psychischen Erkrankung oder eines Zustandes nach Einwirkung psychoaktiver Substanzen zum Aussagezeitpunkt
- bzw. auch bei entsprechend vorliegenden Kombinationen der oben dargestellten Problematiken.

Entscheidet sich das Gericht nach Prüfung der Aussagetüchtigkeit bzw. Aussagefähigkeit für die Vernehmung des Zeugen, so sollte die Kontradiktorische Einvernahme im Interesse des Zeugen möglichst von demselben Sachverständigen vorgenommen werden, der auch die Aussagefähigkeit überprüft hat. Nicht zweckmäßig ist es in diesem Untersuchungsabschnitt schon Fragen zu allfälligen inkriminierten Handlungen zu stellen.

Bei Kindern unter 6 Jahren kann es gegebenenfalls sinnvoll sein, zwei Sachverständige für die kontradiktorische Vernehmung einzusetzen, wobei der erste Sachverständige die Befragung des Kindes durchführt und der zweite Sachverständige ergänzende Fragen an den ersten Sachverständigen zu stellen hat. (Siehe hierzu Projektantrag im Auftrag der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien unter Rücksprache mit dem BMJ).

#### ***4.3./ Zum Begriff der Erlebnisfundiertheit (Erlebnisbasiertheit) einer Aussage (Glaubhaftigkeit)***

Obwohl die Termini „Glaubwürdigkeit“ und „Glaubhaftigkeit“ auch heute noch manchmal synonym verwendet werden, ist deren Unterscheidung von zentraler Bedeutung. Die Beurteilung der Glaubwürdigkeit eines Zeugen stützt sich dabei auf eine allgemeine Beurteilung seiner Persönlichkeit. In Bezug auf die personale Glaubwürdigkeit herrscht jedoch weder eine hinreichende definitorische Übereinstimmung, noch kann sie streng genommen wissenschaftlich fundiert beurteilt werden. Die Feststellung der Glaubhaftigkeit (also die Erlebnisbasiertheit einer Aussage) erfolgt hingegen nicht allgemein in Bezug auf die Person des Zeugen, sondern bezieht sich ausschließlich auf eine konkrete Aussage, für deren Beurteilung dem psychologischen Sachverständigen wissenschaftlich fundierte und multimodale, psychologische Methoden zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus haben Feststellungen über die Erlebnisbasiertheit einer Aussage bei der Rekonstruktion von Sachverhalten durch Gerichte deutlich höheren indiziellen Wert als die Feststellung der Glaubwürdigkeit einer Person.

Aus diesen Gründen entwickelte sich in der psychologischen Wissenschaft bereits vor Jahrzehnten Konsens, vom Begriff „Glaubwürdigkeits-Gutachten“ Abstand zu nehmen<sup>26</sup>.

---

<sup>26</sup> Siehe dazu *Steller & Volbert, 1999*

Entsprechend bezieht sich der in diesem Manual beschriebene Standard auf das Vorgehen bei der Erstellung von Gutachten zur Erlebnisbasiertheit bzw. Erlebnisfundiertheit (Glaubhaftigkeit) von Aussagen.

In Strafverfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung ist das Gericht sehr häufig mit Aussage-Gegen-Aussage-Konstellationen konfrontiert, in welchen weitere Sach- oder Personalbeweise fehlen.

Vor dem Hintergrund, dass die Beweiswürdigung von Aussagen prinzipiell von den Gerichten und nicht von den Sachverständigen zu treffen sind, gibt es eine vielfältige Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes über notwendige Anlässe zur Beiziehung eines aussagepsychologischen Sachverständigen.

Prinzipiell ist ein Sachverständiger dann beizuziehen, wenn nicht jedes Mitglied des in der Schuldfrage erkennenden Spruchkörpers die erforderlichen Fachkenntnisse für die Beurteilung der Tatfrage besitzt. Dies ist dann der Fall, wenn zur Klärung der schuld- und subsumtionsrelevanten Fakten besondere Fachkenntnisse notwendig sind, über die das erkennende Gericht nicht verfügt. Bei einfachen Fachfragen ist das Gericht zur selbständigen Lösung berechtigt, sofern nicht besondere Umstände vorliegen, die dennoch die Beiziehung eines dafür geeigneten Sachverständigen angezeigt erscheinen lassen<sup>27</sup>.

---

<sup>27</sup> Siehe dazu oben Punkt 3.3./

Ein Glaubhaftigkeitsgutachten (also zur Erlebnisfundiertheit einer Aussage) wird dann als erforderlich angesehen, wenn die Beurteilung der Verlässlichkeit einer Zeugenaussage von Fachkenntnissen abhängt, deren Vorliegen bei den Mitgliedern des Gerichtes nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann<sup>28</sup>. In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass Richter in ihren Schlussfolgerungen aus vorhandenen Sachverhalten auf lebensnahe Überlegungen und „gesunden Hausverstand“ zurückgreifen<sup>29</sup>.

Es kann aber nicht erwartet werden, dass das Gericht über umfassende psychologische Fachkenntnisse verfügt, die bei komplexeren und schwierigeren Konstellationen für eine fundierte Beurteilung in diesen Fragen notwendig sind. Hier fordert der Gesetzgeber die Beiziehung eines psychologischen Sachverständigen, der dem Gericht das zur Faktenklärung erforderliche Fachwissen zur Verfügung stellt. Dabei wäre es wünschenswert Psychologen zu beauftragen, die in Fragen der Aussagepsychologie im Speziellen ausgebildet sind<sup>30</sup>.

---

<sup>28</sup> Siehe dazu oben **Punkt 3.2./**

<sup>29</sup> *Böhm-Hiller* RZ 1983, 87ff.; *Schick*, Sachverständige 153

<sup>30</sup> Anmerkung der Verfasser des juristischen Teils: vgl. in diesem Sinne Hinterhofer WK-StPO altes Vorverfahren § 119 Rz 3: „Ist die Einholung eines Glaubwürdigkeitsgutachtens erforderlich (§ 118 [altes Vorverfahren] Rz 4), wird idR ein Psychologe heranzuziehen sein; bevorzugt sind dabei solche Psychologen mit der Erstellung von Befund und Gutachten zu betrauen, die in der Frage der Aussagepsychologie betraut sind“.

Diese Einschränkung findet sich in der Kommentierung des seit 1.1.2008 in Kraft stehenden § 126 StPO nicht mehr (vgl. allgemein zur Auswahl des Sachverständigen Hinterhofer WK-StPO § 126 Rz 23 ff [Rz 23 „§ 126 Abs 2 sieht vor, dass als Sachverständige bzw Dolmetscher vor allem Personen zu bestellen sind, die in die **Sachverständigen- und Dolmetscherliste** bei den Landesgerichten [§ 3, § 14 SDG] eingetragen sind. Dies soll im Hinblick auf § 2 SDG gewährleisten, dass die betreffende Person „über die erforderliche Professionalität, Fachkenntnis und Objektivität“ verfügt“]).



#### ***4.4./ Entstehung und Entwicklung von Aussagen***

Um zu verdeutlichen, auf welchen psychologischen Fachkenntnissen eine wissenschaftlich fundierte Beurteilung der Verlässlichkeit einer Zeugenaussage fußt, ist es hilfreich, sich in einem ersten Schritt mit dem Prozess der Entstehung und Entwicklung einer Aussage auseinander zu setzen.

Menschen greifen in einer Aussage über einen selbst erlebten oder beobachteten Sachverhalt auf ihre Gedächtnisspuren zurück. Dabei rufen sie jene Inhalte ab, die sie zu dem betreffenden Sachverhalt im Gedächtnis gespeichert haben. Der Abruf der gespeicherten Gedächtnisinhalte wird mehr oder weniger gut gelingen, abhängig vom psychischen Zustand zum Zeitpunkt der Geschehnisse - d.h. zum Zeitpunkt der Abspeicherung -, der Länge des Zeitintervalls zwischen den Geschehnissen und der Aussage, den zwischenzeitlichen Einflüssen auf die Gedächtnisinhalte in Form von Weiterverarbeitungen oder Überlagerungen, bspw. suggestiven Einflüssen, und vom psychischen Zustand der aussagenden Person bei Abruf der Gedächtnisspuren.

Alle diese Faktoren beeinflussen sowohl die Inhalte als auch die Qualität einer Aussage und sind somit für aussagepsychologische Fragestellungen relevant.

Wenn eine Person nun eine Aussage zu einem Sachverhalt trifft, den sie selbst nicht erlebt oder beobachtet hat, kann sie sich in ihrer Aussage demnach nicht auf Gedächtnisinhalte stützen, sondern muss diese Aussage aus jenen Wissensbeständen konstruieren, über die sie aktuell verfügt.

Hierbei wird die Person auf ihr Allgemeinwissen über solche oder ähnliche Ereignisse zurückgreifen. Das Erfinden einer komplexen Handlungsschilderung ohne entsprechende Wahrnehmung oder Erfahrung stellt hohe Anforderungen an die geistige Leistung der betreffenden Person. Zudem erfordert die überzeugende Schilderung eines erfundenen Sachverhaltes erhebliche kommunikative Fertigkeiten. Diese beträchtlichen Leistungsanforderungen führen dazu, dass die betreffende Person sehr bald an die Grenze ihrer geistigen Leistungsfähigkeit stößt und deshalb nicht in der Lage ist, unter diesen Bedingungen eine Aussage von hoher inhaltlicher Qualität zu produzieren.

In umfangreicher kognitionspsychologischer Forschung konnte entsprechend nachgewiesen werden, dass sich Aussagen über erlebte und erfundene Sachverhalte deutlich in ihrer inhaltlichen Qualität unterscheiden<sup>31</sup>. Allerdings unterscheiden sich suggerierte Aussagen in ihren Qualitätsmerkmalen nicht eindeutig von erlebnisfundierten Aussagen, weshalb die Geschichte der Aussagenentstehung sowie interne und externe Einflüsse zu berücksichtigen sind.

Aus kognitionspsychologischer Sicht muss daher die zentrale Fragestellung in der Beurteilung einer Aussage sein, ob die aussagende Person die betreffende Aussage auch dann in dieser Form hätte tätigen können, wenn sie nicht erlebt hätte, was sie in ihrer Darstellung schildert. Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass in der Beantwortung dieser Fragestellung nicht nur die Aussage

---

<sup>31</sup> Im Überblick siehe Volbert & Dahle 2010; Steller, 2008; Niehaus, 2008; Arntzen, 2007; Volbert & Steller, 2005; Greuel et al., 1998

selbst und deren Inhalt von Bedeutung sind, sondern zahlreiche andere Faktoren, die im Wesentlichen die Fähigkeiten, die Persönlichkeit und Kenntnisse der jeweiligen Person, aber auch die Begleitumstände und Rahmenbedingungen der mutmaßlichen Geschehnisse, der Aussage und des zeitlichen Intervalls dazwischen betreffen.

Nur auf der Grundlage der fachlich richtigen Beurteilung aller dieser Informationen kann die o.g. Fragestellung wissenschaftlich fundiert beantwortet werden. Hierfür sind umfassende klinische-, kognitions- und gedächtnispsychologische Fachkenntnisse erforderlich.

Bei Aussagen von Kindern oder Aussagen zu Sachverhalten, die in der Kindheit stattgefunden haben, werden zudem umfassende entwicklungspsychologische Fachkenntnisse benötigt. Die Beurteilung, ob psychische bzw. körperliche Störungen oder Krankheiten, psychoaktive Substanzen oder Persönlichkeitsaspekte die Gedächtnisleistungen oder den Prozess der Aussageentstehung beeinflusst haben könnten, kann nur auf der Grundlage umfassender Fachkenntnisse in Klinischer Psychologie getroffen werden. Eine fundierte Beurteilung der Verlässlichkeit einer Zeugenaussage erfordert somit umfassende Fachkenntnisse aus unterschiedlichen Bereichen der psychologischen Wissenschaft.

#### **4.5./ Zentrale Fragestellung**

Entscheidet ein Gericht oder eine Staatsanwaltschaft, dass es für die Beurteilung der Verlässlichkeit einer Zeugenaussage die Unterstützung eines aussagepsychologischen Sachverständigen benötigt, wird sich dessen Gutachten an unterschiedlichen Fragestellungen zu orientieren haben.

Hier sind *zwei zentrale Fragestellungen* zu nennen:

##### **4.5.1./ Aussagetüchtigkeit bzw. Aussagefähigkeit**

Verfügt der Zeuge grundsätzlich über die Fähigkeit, eine zuverlässige Aussage zu machen? (siehe 4.2)

Aus der Feststellung der Aussagetüchtigkeit bzw. Aussagefähigkeit lassen sich aber noch keine Aussagen über die Erlebnisfundiertheit einer Aussage ableiten. (Volbert & Lau, 2008).

##### **4.5.2./ Erlebnisfundiertheit der Aussage**

Inwieweit weist die Aussage solche Merkmale auf, die in erlebnisfundierten Schilderungen zu erwarten sind, in frei erfundenen Aussagen hingegen zumeist fehlen?

Inwieweit liegen potentielle Störfaktoren vor, welche Zweifel an der Zuverlässigkeit der Aussage begründen können?

Die anerkannte Literatur fasst die sich aus den beiden oberen Teilfragen ergebende, übergeordnete Untersuchungsfrage zur Erlebnisfundiertheit einer Aussage auch wie folgt zusammen (Steller, Volbert 2008): Könnte dieser Zeuge mit den gegebenen individuellen Voraussetzungen unter den gegebenen Befragungsumständen und unter Berücksichtigung der im konkreten Fall möglichen Einflüsse von Dritten diese spezifische Aussage machen, ohne dass sie auf einem realen Erlebnishintergrund basiert?

#### ***4.6./ Zur Methodik***

##### ***4.6.1./ Hypothesengeleitete Vorgangsweise***

Das methodische Prinzip eines aussagepsychologischen Gutachtens fußt entsprechend den Regeln von empirischen Wissenschaften auf einer hypothesengeleiteten und problemorientierten Entscheidungsstrategie, die sich an einer zu überprüfenden Nullhypothese als Leithypothese orientiert. Dieses Konzept der Nullhypothese kann analog dem juristischen Paradigma verwendet werden, dass die Unschuldsvermutung so lange gilt, bis das Gegenteil angenommen werden muss.

Die Nullhypothese geht also davon aus, dass die angenommene strafbare Handlung nicht stattgefunden hat, solange bis diese Annahme durch eine entsprechende Evidenz (Befunde) verworfen werden muss. Liefert die Untersuchung des Sachverhaltes keine hinreichenden Belege für die Erlebnisfundiertheit einer Aussage, so

muss gemäß dem Falsifikationsprinzip von Hypothesen die Nullhypothese akzeptiert werden<sup>32</sup>. Ein aussagepsychologisches Gutachten hat sich dabei als Ausgangspunkt immer an der Nullhypothese zu orientieren.

Zusätzlich zur Nullhypothese müssen daher im Gutachten weitere Hypothesen (Alternativhypothesen) generiert werden, welche im Prinzip eine Variation der Nullhypothese darstellen (die Aussage kann etwa durch eigen- oder fremdsuggestive Prozesse zustande gekommen sein oder die Aussage ist eine absichtliche Falschdarstellung).

Das methodische Vorgehen folgt also dem Grundprinzip der hypothesengeleiteten Untersuchung, deren Ausgangspunkt also die oben erwähnte "Nullhypothese" ist, wonach der fragliche Sachverhalt vorerst als „unwahr“ angenommen wird. Hierzu werden aus den Anknüpfungstatsachen mehrere Alternativhypothesen gebildet, die Erklärungen für ein Zustandekommen der konkreten Zeugenangaben ohne eigenen Erlebnishintergrund bieten.

Wenn die Prüfung ergibt, dass die vorliegenden Fakten mit der Nullhypothese nicht in Übereinstimmung zu bringen sind, ist nach wissenschaftlich-logischen Maßstäben die Gegenhypothese anzunehmen, wonach die Angaben des Zeugen auf einem "Erlebnishintergrund in der Wachwirklichkeit" beruhen (Giacomuzzi, 2009).

---

<sup>32</sup> *Giacomuzzi, SM (2009)*

Entsprechend dem oben Ausgeführten könnte die Nullhypothese wie folgt formuliert werden:

Der Zeuge ist aufgrund seiner individuellen Voraussetzungen in der Lage, unter den gegebenen Begleitumständen und unter den im vorliegenden Fall gegebenen Einflüssen diese spezifischen Aussagen zu tätigen, ohne dass diese auf einem realen Erlebnishintergrund basieren.

Die sich ergebende zusammenfassende Gegenannahme bei Verwerfung der Nullhypothese lautet dann:

Der Zeuge ist aufgrund seiner individuellen Voraussetzungen nicht in der Lage, unter den gegebenen Begleitumständen und unter den im vorliegenden Fall gegebenen Einflüssen diese spezifischen Aussagen zu tätigen, ohne dass diese auf einem realen Erlebnishintergrund basieren.

Umgangssprachlich wird die zu überprüfende Nullhypothese auch als „Unwahrannahme“ bezeichnet. Diese Bezeichnung ist jedoch insofern irreführend, als in einem aussagepsychologischen Gutachten nicht die „Unwahrheit“ oder „Wahrheit“ einer Aussage überprüft wird, sondern, ob sich die Aussage auf tatsächlich Erlebtes bezieht oder nicht. Eine Überprüfung von Wahrheit oder Unwahrheit wäre mit kognitionspsychologischen Mitteln nicht möglich.

Wenn die Nullhypothese bzw. die Alternativhypothesen widerlegt sind, gilt die Gegenhypothese als bestätigt.

#### ***4.6.2./ Konstanzanalyse und Analyse der Aussagequalität***

Die Erhebung von Qualitätsmerkmalen der Aussage gibt Hinweise auf erlebnisentsprechende oder frei erfundene Darstellungen.

Die Prüfung der Aussagequalität erfolgt durch eine Analyse der Aussagekonstanz und einer Inhaltsanalyse der Aussage(n) im Hinblick auf das Vorhandensein von Qualitätskriterien, auch Realkennzeichen genannt. Es sei darauf verwiesen, dass das alleinige Abprüfen von Realkennzeichen keine hinreichende diskriminatorische Wertigkeit besitzt, um auf die Glaubhaftigkeit einer Aussage zu schließen oder nicht.

Soweit möglich sind ebenso Analysen der Inhalte der betreffenden Aussage zu verschiedenen Zeitpunkten (Konstanzanalyse) für die Frage der Erlebnisbasiertheit heranzuziehen.

#### ***4.6.3./ Analysen der Aussageentstehung und der Aussageentwicklung***

Die Aussage eines Zeugen wird auch von zahlreichen anderen Variablen beeinflusst. Sie betreffen u.a. die Kompetenzen der Person (Qualitäts-Kompetenz-Vergleich) und deren Aussagemotive (Fehlerquellen der Aussage).

In einem abschließenden und zusammenfassenden Untersuchungsschritt sind interne und externe Störvariablen, welche die Aussage in eine bestimmte Richtung geleitet haben könnten, zu



identifizieren. Die Aussage wird dabei in Hinblick auf die individuellen Kompetenzen des Zeugen, die Vorerfahrungen, die dispositionellen Besonderheiten unter Beachtung der Aussagebereitschaft und der Aussagemotivation sowie relevanter situativer Bedingungen untersucht.

Die internen Störvariablen werden dabei auf Seite des Zeugen identifiziert (Persönlichkeit, psychopathologischer Zustand wie beispielsweise posttraumatische Belastungsstörung oder Anpassungsstörung nach ICD, Suggestibilität, einschlägiges Wissen und Vorerfahrungen etc.). Durch die Analyse der externen Störvariablen wird intendiert, relevante Beeinflussungen der Aussage von außen (dritte Personen, Umstände etc.) zu erheben.

#### ***4.7./ Zusammenfassung***

Ein aussagepsychologisches Gutachten stützt sich auf unterschiedliche Arten von Analysen. Aus dem klinisch-psychologischen Befund des Zeugen (gegebenenfalls inklusive Traumadiagnostik), der Analyse der Aussagengnese, der Konstanzanalyse, der Analyse der Aussagequalität, der Motivanalyse sowie des Kompetenz-Qualitäts-Vergleichs werden Daten extrahiert, welche Schlussfolgerungen hinsichtlich der zentralen Fragestellung zulassen, ob die betreffende Person unter den gegebenen Umständen ihre Aussage ohne einen entsprechenden Erlebnishintergrund hätte tätigen können. Diese Ausführungen verdeutlichen, dass einem aussagepsychologischen Gutachten ein komplexes System unterschiedlichster, multimodaler Analysen zugrunde liegt, welche nur in ihrer Gesamtheit Rückschlüsse über die Erlebnisfundiertheit einer Aussage zulassen.

#### ***Danksagung:***

Wir bedanken uns bei Herrn HR Dr. Alexander Schmidt (Vizepräsident des Handelsgerichtes Wien und Rechtskonsulent des Hauptverbandes der Sachverständigen) für die sehr hilfreichen Hinweise zur Erarbeitung des Beitrages über die Standards aussagepsychologischer Untersuchungen.

#### **4.8./ Literatur**

- Arntzen, F. (2007). *Psychologie der Zeugenaussage. System der Glaubhaftigkeitsmerkmale*. München: Beck.
- DGfPI (2009). *Glaubhaftigkeitsbegutachtungen: Kindesmisshandlung und -vernachlässigung*. Lengerich: Pabst Science Publishers
- Giacomuzzi, S. (2009). Betrachtungen zur Notwendigkeit der Annahme einer Nullhypothese aus gutachterlicher Sicht bei der Frage der Glaubhaftigkeit: Die Funktionen der Falsifizierbarkeit. *Psychologie in Österreich* (4), 361-366.
- Greuel, L., Offe, S., Fabian, A., Wetzels, P., Fabian, T., Offe, H. & Stadler, M. (1998). *Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage. Theorie und Praxis der forensisch-psychologischen Begutachtung*. München: Beltz/PVU.
- Niehaus, S. (2008). Merkmalsorientierte Inhaltsanalyse. In R. Volbert & M. Steller (Hrsg.), *Handbuch der Rechtspsychologie* (S. 311-321). Göttingen: Hogrefe.
- Steller, M. (2008). Glaubhaftigkeitsbegutachtung. In R. Volbert & M. Steller (Hrsg.), *Handbuch der Rechtspsychologie* (S. 300-310). Göttingen: Hogrefe.
- Steller, M. & Volbert, R. (1999). Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des 1. Strafsenates des BGH vom 25.02.1999.

Forensisch-aussagepsychologische Begutachtung  
(Glaubwürdigkeitsbegutachtung). *Praxis der Rechtspsychologie*,  
9 (2), 46 – 112.

Volbert, R. & Lau, St. (2008). Aussagetüchtigkeit. In R. Volbert &  
M. Steller (Hrsg.), *Handbuch der Rechtspsychologie* (S. 289-  
299). Göttingen: Hogrefe.

Volbert, R. & Steller, M.(2005). Methoden und Probleme der  
Glaubhaftigkeitsbegutachtung bei Verdacht auf sexuellen  
Missbrauch. In G. Amann & R. Wipplinger (Hrsg.), *Sexueller  
Missbrauch: Überblick zu Forschung Beratung und Therapie. Ein  
Handbuch* (3. überarb. und erw. Aufl.) (S. 417 – 432). Tübingen:  
DGVT.

Volbert, R. & Steller, M. (Hrsg.) (2008). *Handbuch der  
Rechtspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.

Volbert, R. (2009). Glaubhaftigkeitsbegutachtung: Wie man die  
aussagepsychologische Methodik verstehen und missverstehen  
kann. In: *Zeitschrift Kindesmisshandlung und -vernachlässigung*,  
Jg.12/Heft 2. Pabst Science Publishers.

Volbert, R. & Dahle, Klaus-Peter (2010). Forensisch-psychologische  
Diagnostik im Strafverfahren. Göttingen: Hogrefe